

Ein Betrag von Jürgen Hartmann aus Oberscheld zu unserem Wahlkampfpunkt.

Der Erhalt unserer Straßen in Dillenburg ist ein Teil der Daseinsvorsorge und somit eine Gemeinschaftsaufgabe.

Gemeindestraßen gehören der Gemeinde und als solches ist diese verpflichtet ihre Straßen instand zu halten.



Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ist *ungerecht und unsozial* und gehört abgeschafft

Die Nutzung der Straßen erfolgt durch die Allgemeinheit. Die Erneuerung und Ausbau von Gemeindestraßen darf deshalb nicht auf die anliegenden Grundstückseigentümer umgelegt werden. Es muss sichergestellt werden, dass die Bürgerinnen und Bürger dauerhaft davor geschützt werden, sich mit zehntausenden von Euro am kommunalen Straßenbau beteiligen zu müssen.“

Straßen werden von allen Bürgern genutzt und sind somit Bestandteil der Infrastruktur genauso wie Kindergärten, Gemeindehäuser und Schulen. Und weil das so ist, sollten sie auch aus Steuermitteln finanziert werden.

Letztendlich ist die Finanzierung der Gemeindestraßen eine Frage der Lastenverteilung. Die einseitige Belastung der Grundstückseigentümer halten wir für die ungerechteste. Eine Finanzierung des Straßenbaus aus allgemeinen Steuermitteln für die gerechteste.

Die bei einer Abschaffung entstehenden Einnahmeausfälle der Stadt dürfen allerdings nicht dazu führen, dass beispielsweise die Grundsteuer B erhöht wird. Die Ausfälle sollte das Land kompensieren, was angesichts dessen Finanzkraft problemlos möglich wäre.

Aber, wie wir alle wissen braucht es Mehrheiten um Ideen, um Forderungen wie zum Beispiel die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zu verwirklichen.

Deshalb braucht die SPD ihre Unterstützung bei der Kommunalwahl am 14. März 2021.

Unterstützen Sie mit ihrer Stimmabgabe und lassen sie uns mehrheitlich im Stadtparlament diese Ziele erreichen.

